

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Älteste Wiesbadener Zeitung

Bezugspreis: monatlich 3.50 M., vierteljährlich 11.40 M., durch die Post 4.70 bezw. 14.10 M., Beleggeld wird besonders erhoben. Einzelnummer 20 Pf. Im Falle höherer Gewalt, Streik, Auslieferung, Betriebsstörung hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung der Gebühren.

Ämtliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistraße 11. Fernruf Nr. 2015 und 2016. — Anzeigenpreis: Die 34 mm breite Zeile 10 Pf., die 22 mm breite 8 Pf.; außerhalb 75 Pf. bezw. 4.— M. Ausland 2.— bezw. 6.— M. Rabatt 11. Tarif. Sonderbeilagen 15 Pf. pro 1000.

Nummer 320

Montag, 12. Juli 1920.

74. Jahrgang

Entscheidungstag in der Ostmark.

Voller deutscher Sieg.

Der 11. Juli war ein bedeutungsvoller Tag in der Geschichte Preussens und des Deutschen Reichs. Das Ausdehnungsbedürfnis Polens beanspruchte bedeutende Gebiete West- und Ostpreussens, und die Versailler Konferenz gab den polnischen Wünschen auch nach, indem sie nicht unbedeutende Teile der alten preussischen Provinzen Posen und Westpreußen ohne weiteres in polnischen Besitz brachte und das Geschick weiterer Teile in Ost- und Westpreußen der Selbstbestimmung der Bevölkerung unterstellte. Der östliche Teil von Westpreußen, der nach der Abtrennung des „polnischen Korridors“ noch verblieben ist, mit den Städten Marienburg und Marienwerder war besonders heiß umkämpft, weil es hier galt, das alte Wappzeichen des deutschen Ostens, die Marienburg, vor dem Zugriff der Polen zu schützen. Zum Abstimmungsgebiet gehörte ferner der südliche Teil Ostpreussens mit den Städten Allenstein, Osterode, Golluburg, Ohren, Margrabowa, Olschko, Bischofsburg, Lyda, Johannsburg, Reichenburg, Ortelsburg und die Weisiger Pötenhödt Hochstein.

So hatte Polen am gestrigen Sonntag auch einen Kampftag an seiner Westgrenze; freilich nicht den zerstörenden und mordenden Waffen des Krieges, wie in seinem russischen Osten, sondern mit der friedlichen Waffe des Stimmzettels, aber trotzdem von derselben entscheidenden Bedeutung. Es handelte sich darum: Sollte es das Land, das es beansprucht, für sich behalten oder sollte es deutsch bleiben? Nach den bisher vorliegenden Einzelmeldungen ist die Abstimmung ruhig und — im deutschen Sinne — durchweg gut verlaufen. Das einstimmige Ergebnis der GesamtAbstimmung liegt zwar noch nicht amtlich vor, nach den Privatmeldungen darf man aber schon sagen, daß die östliche Katastrophe Polens durch eine wältige ergründet worden ist. Der volle deutsche Sieg ist gewaltig und kann nicht bestritten werden. In Ostpreußen lauteten von hundert Abstimmungen durchschnittlich nur zwei für Polen, in Westpreußen nur acht. Die deutsche Stimmung hat sich im gefährdeten Osten als stark und zuverlässig erwiesen. Und wir sind überzeugt, hätte in den Abstimmungsgebieten vor der Übergabe eine Abstimmung stattgefunden, auch dort wäre nur wenig für Polen übrig geblieben. Denn dort, wo man den polnischen Charakter und die polnische Geschichte genau kennt, hat ein polnisches Regiment keinen Kredit. Den Vätern im Osten gilt das Vaterlandes Dank für ihre in schwerster Zeit bewiesene vorbildliche Treue.

Vorläufiges Abstimmungsergebnis.

Berlin, 12. Juli.

Westpreußen:

Abgegebene Stimmen 99 316,
davon deutsch 91 694, polnisch 7682;
demnach 92 Prozent deutsch.

Ostpreußen:

Abgegebene Stimmen 361 063,
davon deutsch 353 655, polnisch 7408;
also 97,9 Prozent deutsch.

Marienburg, 12. Juli. Die Abstimmung in Westpreußen stellt sich als ein großer Sieg der Deutschen dar. Nach den bis 3 Uhr heute früh vorliegenden Ergebnissen sind für Deutschland 59 827, für Polen 5444 Stimmen abgegeben worden. 118 Ortsteile bzw. Gemeinden haben sich für Deutschland, 16 Gemeinden bzw. Ortsteile für Polen ausgesprochen.

Königsberg, 12. Juli. Bis 1 Uhr nachts lagen Teilergebnisse aus einer ganzen Anzahl von Städten und Kreisen vor, die bisher eine überwältigende Mehrheit für die Deutschen ergaben. In einzelnen Bezirken wurden überhaupt keine polnischen Stimmen abgegeben.

Danzig, 12. Juli. Bis 12 Uhr nachts lagen folgende Teilergebnisse aus Westpreußen vor: Stadt Marienburg 9877 deutsche, 185 polnische Stimmen. Vorläufiges Ergebnis aus Ostpreußen: Stadt Marienburg 3223 deutsche, 50 polnische Stimmen. Stadt Marienburg 2430 deutsche, 80 polnische Stimmen. Stadt Osterode 2075 deutsche, 719 polnische Stimmen. Stadt Deutsch-Kulau 4745 deutsche, 235 polnische Stimmen. Stadt Bischofsburg 1272 deutsche, 227 polnische Stimmen.

Königsberg, 12. Juli. Bis 1 Uhr nachts lagen folgende Teilergebnisse vor: Ohren-Stadt 4909 deutsche, drei polnische und drei unguiltige Stimmen. Vorläufiges Ergebnis aus dem Kreis Ohren (20 Bezirke fehlen noch) 28 923 deutsche, neun polnische Stimmen. — Das erste Abstimmungsergebnis traf von Ost ein, wo 8229 deutsche und sieben polnische Stimmen abgegeben wurden. Die aus dem Kreis Ost bisher vorliegenden Ergebnisse lassen die absolute überwältigende Mehrheit der deutschen Stimmen erkennen. Aus Osterode wird ein Teilergebnis von 5867 deutschen und 26 polnische Stimmen gemeldet.

Die polnische Katastrophe im Osten.

Nach übereinstimmenden Berichten ist die Lage der polnischen Armee verzweifelt. Die Truppen suchen zum Teil nach Nummern zu flüchten. Landende sollen zu den Russen übergelaufen sein. Die rote Armee hat Danzig besetzt und rückt weiter gegen Wilna vor. Damit rückt die rote Armee mit größter Schnelle der deutschen Grenze nahe. Vemberg ist von den Polen unbesetzt geräumt worden.

China und Japan.

Ärztliche Lage in Peking.

Amsterdam, 11. Juli.

Die „Times“ aus Peking meldet, in die Spannung zwischen der japanfreundlichen Partei und ihren Gegnern so stark geworden, daß man eine bewaffnete Auseinandersetzung befürchtet. Zehntausende von Chinesen verlassen Peking, um sich im Fremdenviertel von Tientsin in Sicherheit zu bringen, während andere im Peking-Gesandtschaftsviertel Zuflucht suchen. Von den in der Umgebung von Peking stehenden fünf Divisionen sind drei auf Seiten der japanfreundlichen Partei, während sechs in der weiteren Umgebung stationierte Divisionen der Tschiuparcei angehören.

Mr. Peking, 11. Juli.

Die Lage in Peking ist außerordentlich ernst. Der Höhepunkt der Krise ist erreicht. Tschartschilin, der Führer der Tschiuparcei, reiste in der Richtung nach Nankin ab. Wie berichtet wird, haben die Truppen den Befehl gegen Peking zu marschieren. Man befürchtet einen Staatsstreich.

Admiral Fischer gestorben.

Mr. London, 11. Juli.

Admiral Fischer ist an den Folgen einer Operation heute morgen 7.15 Uhr gestorben.

Admiral Fischer machte nach seinem 1854 erfolgten Eintritt in die Marine eine glänzende Laufbahn durch. Spierte eine wichtige Rolle auf der Haager Konferenz im Jahre 1890 und befehligte in den Jahren 1904 bis 1910 das einflussreiche Kommando des ersten Seelords, bis er schließlich im Verlauf des Weltkrieges, in dessen erster Phase er noch einmal einen entscheidenden Einfluss ausübte, aus politischen Gründen seinen Abgang nahm, ohne damit indessen seine bestimmende Wirkung zu verlieren.

Dänemarks Besitzergreifung in Nordschleswig.

Kopenhagen, 10. Juli.

Die hiesigen Zeitungen veröffentlichen lange Telegramme über den Einzug des dänischen Königs in Nordschleswig. Der Abzug ritt an der Spitze eines großen Gefolges auf einem weißen Pferde über die alte Grenze, gefolgt von einer unerschütterlichen Menschenmenge. An den König wurden überall Begrüßungsausrufen gehalten.

Prinz Heinrich in den Händen der Roten.

Wie es in Schleswig-Holstein aussieht, geht aus einem Artikel in der „Ostpreuss. Ztg.“ hervor. Dem Blatte wird von einer der Familie des Prinzen Heinrich nahestehenden Seite folgendes mitgeteilt:

Alle großen Güter in der Landschaft Schwansen sind zurzeit verwaist. Banden von Arbeitern suchten schwer bewaffnet die Güter heim. Die Besitzer wurden unter den größten Mißhandlungen angegriffen, geschlagen und mit Füssen getreten und von ihren Gütern vertrieben. Ein Haufe von 60 Arbeitern, geführt von einem Manne in der Uniform der 16. Infanterie, mit großer roter Schleife an der Brust, zog auf das dem Prinzen Heinrich von Preußen gehörige Gut Himmelmar, unter dem Vorwand, es nach Waffen durchsuchen zu müssen, und lehrte dort das Unterste zu oberst. Als er nichts fand, trat der Führer vor den Prinzen und bedrohte ihn unter dem Gebohle seiner Genossen mit den Worten: „Heinrich, komm mit“, daß er ihm zu folgen habe. Der Prinz mußte unter Instruktion und Auspucken durch den Haufen Speikruten laufen und wurde eine Reihe von Tagen im Gefängnis zu Gedenkscheit gehalten, woselbst er als Lagerstätte eine Holzpritsche angewiesen erhielt. Nachts wurde er alle zehn Minuten geweckt und von seinen Peinigern in entwürdigender Weise verhöhnt. Alle zehn Minuten wiederholte sich der Ruf: „Nicht an Heinrich, aufstehen, Heinrich, hinlegen“, was dann zum Gaudium der Gefangenbesitzer beschleunigt und oft wiederholt wurde.

In der Stadt Schleswig befanden sich noch etwa hundert Mann des ehemaligen 16. Infanterieregiments mit den 18 Offizieren dieses Regiments unter Major v. Lattorf. Dieser hatte aus Berlin Befehl bekommen, in der Stadt für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Mannschaften lagen im Schloss Gottorp, der ehemaligen Kaserne des Regiments. Major v. Lattorf verfügte über zwei Maschinengewehre und wurde sehr bald durch bewaffnete Arbeiter, deren Zahl 5000 erreichte, in die Verteilung gezwungen. Die Arbeiter waren gut organisiert und mit zahlreichen Maschinenbewehrten, Flammenwerfern und Artillerie versehen, so daß sich Major v. Lattorf als Mächtig auf seine Soldaten, um deren vollkommene Vernichtung zu verhindern, gezwungen sah, schließlich zu kapitulieren. Schloss Gottorp liegt auf einer Insel im äußersten Westzipfel der Schlei. Über den großen Damm, der diese Insel mit dem Lande verbindet, mußte Major v. Lattorf mit seinen Offizieren und seiner Mannschaft in voller Uniform durch den Pöbel, der sich wie von Sinnen benahm, Speikruten laufen. Die Infanterie erlaubte ein auf der anderen Seite liegendes Hotel, woselbst sie von den roten Pöbelmassen interniert wurden. Jetzt befindet sich kein Soldat mehr in Schleswig. Die rote Arbeiterkraft hat die Macht in Schleswig-Holstein vollkommen in Händen.

Die Verhandlungen in Spa.

Die Kohlenfrage.

Am Samstag haben in Spa die Beratungen über die wirtschaftlichen Fragen, über die deutschen Kohlenlieferungen, über den Wiederaufbau Nordfrankreichs und über die Höhe der Kriegsschadenssummen begonnen. Die deutsche Regierung hat einen großen Plan aufgestellt, worin sie dargelegt, wie sie ihre Verpflichtungen zu erfüllen hofft. Zunächst wurden am Samstag die Kohlenlieferungen besprochen. Während man bei den militärischen Fragen die unbedingte Einmütigkeit der Alliierten gegenüber Deutschland voraussetzen mußte, kann man vermuten, daß in der Auffassung über die Lösung der wirtschaftlichen Fragen die Meinungen unter den Alliierten auseinandergehen. Diese berechnete Annahme gibt den deutschen Delegierten ganz andere Möglichkeiten bei den Verhandlungen, als bei der Lösung der militärischen Frage. Die Kohlenfrage ist eigentlich eine Frage die nur Deutschland und Frankreich angeht. Bemerkenswert ist, daß Lloyd George gerade bei diesem Punkt der Tagesordnung frant geworden ist. Frankreich ist ein Vorrugsrecht auf Versorgung durch Deutschland zugestimmt worden. Frankreich hat Kohlennot, ist groß, das wurde auch von deutscher Seite anerkannt. Ebenso wurde auch die Pflicht Deutschlands anerkannt, Frankreich Kohlen zu liefern. Nur über die Menge gehen natürlich die Meinungen auseinander. Frankreich will 2 1/2 Millionen Tonnen monatlich, ferner fordert Frankreich eine Kohlenkontrollkommission, der das Recht zusteht, die Kohlen zu verteilen. Die Kohlen auch innerhalb Deutschlands zu überwachen. Deutschland erklärt sich zurzeit zur Lieferung von 1 Million Tonnen monatlich im Stande. Abgesetzt wird unbedingt der Eingriff einer Kohlenkontrollkommission in die Verteilung der Kohlen innerhalb Deutschlands. Am Samstag vormittag sprachen von den deutschen Bevollmächtigten der bekannte Großindustrielle Stinnes und der Bergarbeitersführer Hue, welche brachten ihre Ansichten ganz unverbürgt zum Ausdruck.

Stinnes und Hue.

Der teilweise scharfe Rede des Herrn Stinnes entnehmen wir das Folgende:

Herr Millerand hat gestern erklärt, daß er aus Courtoisie bereit sei, die deutschen Vertreter zu hören. Ich spreche hier aus natürlichem Recht, nicht aus Höflichkeit gebildet. Die Zahlen des Herrn Millerand kann ich, soweit sie Frankreich betreffen, nicht anerkennen, auch nicht bestritten. Anerkennen muß ich, daß die französischen Versorgungsverhältnisse ebenfalls untragbar schlecht sind, und daß ein gleichsam natürlicher Anreiz auf französischer Seite besteht, daß jeder deutsche Unternehmer und Arbeiter das Neueste tut, um dem im Kriege erfolgreichen Frankreich aus seinem schmerzlichen Zustand zu helfen. Wir erkennen an, daß umso mehr Veranlassung zu größter Anstrengung vorhanden ist, als viele französische Gruben im Nord und im Pas de Calais zerstört worden sind, aber nicht aus Niedertracht oder Vandalismus, sondern aus einer militärischen Notwendigkeit.

Wir haben gestern Vorwürfe gehört über unerhört rechtswidrige Handlungsweise betreffs der Kohlenlieferungen von deutscher Seite. Wie steht die Wirklichkeit an? Ein Rechtsanspruch auf Kohlenlieferungen vor dem 10. Mai 1920 bestand überhaupt nicht. Was vorher geleistet worden ist, geschah aus einem natürlichen Gerechtigkeitsgefühl heraus. Wir haben zu liefern entsprechend den Anforderungen der Reparationskommission, zurzeit bis zu 39,5 Millionen Tonnen jährlich, eine vollständig unmögliche Riffer. Im Frühjahr 1919 betrug die Förderung im Ruhrgebiet rund 220 000 Tonnen täglich. Sie ist jetzt auf 285 000 Tonnen täglich gestiegen. Damals wurde der deutschen Regierung eine Siedelung von Verarbeitern in den Bergwerksbezirken in einem bisher niemals bekannten Umfang vorgeschlagen. Allein im Ruhrgebiet sollen circa 600 000 Familien angesiedelt werden. Die Unkosten werden sich auf über 6 Milliarden Mark belaufen. Die Siedelung geht nicht flott von Ratten, weil es wegen des Kohlenmangels in Deutschland an Baustoffen aller Art mangelt. Auch mangelt es an Geld. Da die Steigerung der Förderung nicht schnell genug durch Heranziehung neuer Arbeitermengen möglich war, entschlossen sich im Februar 1920 die Unternehmer und Arbeiter, anstatt der gewöhnlichen sechsstündigen Arbeitszeit eine solche von 8 und 10 Stunden im Wege der Uebererschichten auf sich zu nehmen. Ueber-schichten, die mit 100 Prozent Zuschlag bezahlt werden. 21 Millionen Tonnen, die heute als Grundstock der monatlichen Lieferungen an die Entente anzusehen sind, wurden ermöglicht durch die Ueberarbeit deutscher Bergleute, deren Ernährungszustand nach vierjähriger Hungerblockade schlecht ist.

Wir lassen als Realisten auch die Möglichkeit ins Auge, daß wir Sie nicht davon überzeugen können, daß durch und das Neueste getan ist, so daß Sie zur Befriedigung des Ruhrgebiets schreiten. Der jetzige Zustand der europäischen Kohlennot, dem etwa in drei Jahren abgeholfen werden könnte, wird dadurch in Permanenz erklärt und damit der Zustand wirtschaftlicher europäischer Ohnmacht

	V. K.	L. K.		V. K.	L. K.
4. Bayr. H.N. Wechselb.	107	101	4. Pfalz. Hyp.-Bk.	101	101
4 _{1/2} Berl. H.-Bk. Ser. 5 u. 6	99.80	99.80	Bayrerverlosbar	-	-
4. Abgese.	93	93	Bayrerverlosbar	-	-
4. Serie 7 u. 8 1/2 u. 14	84.50	83.50	4. Preuss. B.-Cr. A. B.	87	87
4. S. 15 u. 16 S. 17 u. 18	100	100	Bayr. S. 1, 2 u. 9	89	89
Bayabgese.	99	99	Bayr. S. 1, 2 u. 9	89	89
4. Kommunal-Gotha	99	99	4. Pr. Centr. R.-Cred.-G.	99.30	99.30
4. Abg. S. 4	710	103	4. Kommunal 1908	96.50	97.50
Bay. Abg. 5 u. 6 (ab 11.820)	90	90	4. Rh. Hyp. Mannheim	100	100
4. D. H.-R. R. S. 10-19	97.25	97.25	Bayrerverlosbar ab 1914	89.60	89.90
4. Ser. 20 u. 21	-	-	Bayrerverlosbar ab 1914	81.50	82
4. Serie 11 u. 13 a	90	-	4. Komm. unk. b. 1928	-	-
4. Frankf. Hyp.-Bk.	101.25	101.10	4. unk. b. 1924 (S. 77)	-	-
Bay	89.50	89.50	4. Rh. Westf. B. Cred.	-	99.50
4. Pfz. H.-B. Kom. S. 2	-	-	Bayr. S. 2 u. 6	-	-
Bay. Komm. Ser. 1	-	-	4. Westf. Bred. (Kön)	100	98.50
4. Pfz. Hyp.-Kred.-Ver.	99.25	99.25	Bayr. S. 3 u. 4 Ser. 3	92	92
Bay. S. 44 Ktedb. ab 1913.	88	88	4. Hess. Ld.-Hyp.-B.	100.50	100
Bay	87	87	Bay	87	87
4. Hamb. Hyp.-Bnk.	96.25	96.50	4. Komm. Ser. 1	100	100
Bay. Ser. 1-190 u. 201-330	96.25	97.50	4. Komm. Ser. 1-8 u. 4	97.50	97.50
4. Mein. H.-Bk. S. 3-15	99.95	98.50	1. Land-Cred. (Case)	84.75	82.80
4. Serie 16	99.50	99.50	Bayr. Ser. 19 u. 21	97.50	87.50
4. Serie 17	107	100	4. Nassau. Landesk.	100	100
4. Serie 18	104	104	Bay. L. u. u. X.	94	94
Bayabg. 1908, 1907	91	91	Bay. L. F. G. H. K. u. L.	93	93
4. Mitteld. B.-Kr. Greis	95.80	95.75	Bay. L. M. N. P. u. Q.	89.50	90
Bay. Hyp. Kdb. ab 1906	-	-	Bay. L. R. S. u. T.	89	90
	-	-	3. Ldt. O.	61	61
4. Darmstadt	92.60	-	3. Wiesbaden	93.30	93.3
4. Frankfurt	105.1	107	4.	99	99
4. Mannheim	96	97	4.	-	-
Lose.	V. K.	L. K.	Lose.	V. K.	L. K.
Augsburger	-	-	3. Köln-Minister	-	168.5
Braunschweiger	-	-	4. Meiningen Prämien	-	197
3. Gothaer Pz. Pfdb. II	-	-	Türkische 400 Frs.	410	415

